

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Barbara Neßler, Freundinnen und Freunde

**betreffend nachhaltige finanzielle Absicherung der Schutzhütten und
Wanderwege der Alpinen Vereine in der Klimakrise**

eingebracht im Zuge der Debatte über den Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (67 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2025 (Bundesfinanzgesetz 2025 – BFG 2025) samt Anlagen (108 d.B.) (UG 43)

BEGRÜNDUNG

Die Klimakrise führt zu zunehmender Erosion insbesondere auch im Alpenraum.

Die Schutzhütten sowie Wander- und Bergwege, die von den im VAVÖ zusammengeschlossenen Alpinen Vereinen erhalten und bereitgestellt werden, sind ein entscheidendes Asset im touristischen Angebot Österreichs: Österreich ist europa- und weltweit als Wander- und Bergsportdestination bekannt, zugleich sind Wandern und Berggehen ganzjährig wichtige Naherholungs-Aktivitäten großer Teile unserer Bevölkerung. Wandern ist die beliebteste Urlaubsart der Gäste in Österreich und die häufigst ausgeübte Sportart der Menschen, die in Österreich leben.

Daher muss das Netz an Schutzhütten und Wegen im gesamt- und regionalwirtschaftlichen Interesse auch unter den erschwerten Bedingungen durch die Klimakrise gesichert bleiben. Dies ist mit den bestehenden, seit 15 Jahren nicht mehr valorisierten Fördermitteln des Bundes jedoch trotz hohem Eigenmitteleinsatz der Vereine und hoher ehrenamtlicher Arbeitsleistung bei weitem nicht möglich.

Auch die Regierungsparteien haben im NR-Wahlkampf 2024 und in ihrem Regierungsprogramm die nachhaltige finanzielle Absicherung des Erhalts alpiner Schutzhütten und Wanderwege mehrfach versprochen. In den Bundesbudgets für 2025 und 2026 wird dieses Versprechen jedoch nicht umgesetzt und kein einziger zusätzlicher Euro für diese Aufgabe vorgesehen. Damit sind die Schutzhütten und Wege in Österreichs Bergen akut in ihrem Bestehen gefährdet.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSAANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Wirtschaft, Energie und Tourismus in Zusammenarbeit mit dem Bundesminister für Finanzen, wird aufgefordert, den Erhalt alpiner Schutzhütten und Wanderwege in enger Kooperation mit den Alpinen Vereinen nachhaltig finanziell abzusichern.“

Es soll eine rasche, deutliche und dauerhafte Anhebung der bestehenden Bundesförderung für „Alpine Infrastruktur“ erfolgen, im Hinblick auf die vorliegenden Schätzungen der Alpinvereine zum klimakrisenbedingt sehr stark gestiegenen Bedarf von rund 95 Mio Euro.“



